

Rede anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2011 in der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2010

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Bad Soden	- 4,8 Mio. €
Eppstein	- 5,5 Mio. €
Hattersheim	- 8,6 Mio. €
Hofheim	- 9,5 Mio. €
Kelkheim	- 7,0 Mio. €

sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

was ich Ihnen zu Beginn meiner Haushaltsrede vorgelesen habe, sind die ordentlichen Ergebnisse der kommunalen Haushalte 2011 in den genannten Städten unseres Main-Taunus-Kreises. Ich könnte die Liste fortsetzen, denn wie ich mit nicht geringem Erstaunen feststellte, gibt es im Main-Taunus-Kreis, den die Verantwortlichen selbst gerne als einen der reichsten Kreise in Deutschland vorstellen, keine Kommune mehr, die für das Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen konnte. Eine bemerkenswerte Feststellung, wie ich meine, die beinahe zwangsläufig die Frage aufwirft, wie Kommunen außerhalb der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, des hessischen Speckgürtels, überhaupt noch finanziell überleben können.

Dass auch Eschborn zum Kreis der Kommunen mit einem negativen ordentlichen Ergebnis im Haushalt 2011 gehört, wäre dabei nicht mehr als eine nette Anekdote, wenn dies nicht ein bezeichnendes Licht auf das Haushaltsgebaren der Verantwortlichen im Main-Taunus-Kreis werfen würde. Ohne auch nur einen ernsthaften Gedanken an Einsparungen oder Haushaltskonsolidierung zu verschwenden, wird schonungslos wieder einmal in die leeren kommunalen Kassen gegriffen und die Schulumlage erhöht. Für Flörsheim bedeutet dies eine zusätzliche finanzielle Belastung im Jahr 2011 von 324.000 €. Vielleicht werden Sie sich bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass erst im Jahr 2007 die Landkreise von der Hessischen Landesregierung gegenüber den Kommunen deutlich bessergestellt wurden, indem die Anrechnungssätze des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer und an der Umsatzsteuer sowie die Anrechnung der Schlüsselzuweisungen bei den Kreisumlagegrundlagen von bisher 95 auf 100 Prozent angehoben wurden. Diese Besserstellung des Main-Taunus-Kreises hatte für unsere Stadt im Jahr 2007 und in den Folgejahren einen zusätzlichen jährlichen Einnahmeverlust von immerhin rund 400.000 € zur Folge.

Ich gehöre vermutlich zu den Wenigen, die die Rede unseres Landrates Berthold Gall zur Vorlage des Haushaltes des Main-Taunus-Kreises gelesen haben. Ich verbinde damit nicht die Erwartung, dass Sie dies als besondere Leistung würdigen. Ich

möchte aber bei dieser Gelegenheit meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass die ganze Wertschätzung, die der Landrat den Kommunen in seiner Rede entgegen bringt, sich darauf beschränkt, sie als Kühe zu betrachten, die man nach Belieben melken kann. Wenn er die Bürgermeister darüber hinaus noch ermahnt, sich gefälligst jeder Kritik am Finanzgebaren des Main-Taunus-Kreises zu enthalten, spricht das bei der aktuellen Finanzlage nahezu aller Kommunen unseres Kreises für sich selbst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie Sie alle wissen, befindet sich unser Landrat in guter Gesellschaft, wenn es darum geht, die eigenen finanziellen Schwierigkeiten auf die Art zu lösen, dass man den Städten und Gemeinden bedenkenlos in die eh schon leeren Taschen greift.

So ging unsere mittelfristige Finanzplanung im Jahr 2008 noch davon aus, dass im Haushaltsjahr 2011 Einnahmen in Höhe von 32,0 Millionen Euro zu erwarten wären. Hierunter befanden sich auch 1,5 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich des Landes Hessen. Drei Jahre später werden im aktuellen Haushaltsentwurf 2011 nur noch 24,7 Millionen Euro, also 7,3 Millionen Euro weniger veranschlagt. Die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich sind dabei auf nahezu null gesunken.

Wenn unsere Stadt trotz deutlich gesunkener Einnahmen nicht mehr vom Land Hessen durch den kommunalen Finanzausgleich unterstützt wird, hat dies natürlich zunächst einmal damit zu tun, dass das Land Hessen dem kommunalen Finanzausgleich für die eigene Haushaltssanierung 344 Millionen Euro entzogen hat; es liegt aber auch daran, dass die Stadt Flörsheim am Main erstmalig 296.000 € als sogenannte Kompensationsumlage in den kommunalen Finanzausgleich einzahlen muss. Im Ergebnis bedeutet dies einfach formuliert nichts anderes, als dass das Land Hessen sich aus dem kommunalen Finanzausgleich immer weiter zurückzieht und den notleidenden Kommunen vorschreibt, sich gegenseitig zu helfen. Not hilft Not!

Der Verweis auf die nach wie vor nicht endende Aufgabenverlagerung hin zur kommunalen Ebene wäre hier angebracht, aber ich möchte im weiteren Verlauf meiner Rede noch einmal darauf zurückkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

von den insgesamt 24,8 Millionen Euro an Einnahmen verbleiben der Stadt Flörsheim am Main nach Abzug aller Steuer- und Umlageverpflichtungen gerade einmal 13,5 Millionen Euro zur Deckung der laufenden Ausgaben übrig. Das sind deutlich weniger als 55 % und die mit Abstand geringsten Einnahmen seit 2007, dem Jahr der Einführung des doppischen Rechnungswesens. Es dürfte Sie also wenig überraschen, wenn ich Ihnen jetzt mitteilen muss, dass dementsprechend auch der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis nochmals deutlich steigen wird. Schließlich bedeutet dies gleichfalls, dass die bereinigten Ausgaben nur noch zu 61,4 % durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Dabei ist durchaus beachtenswert und spricht in diesem Zusammenhang für ein sparsames Wirtschaften der Verwaltung, dass die bereinigten Aufwendungen in 2011, also die tatsächlichen städtischen Ausgaben ohne Steuer- und Umlageverpflichtungen, mit rd. 22 Millionen um mehr als eine Million unter dem erwarteten diesjährigen Ergebnis liegen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 enthält unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses neben den ordentlichen Einnahmen von rd. 24,8 Millionen Euro ordentliche Aufwendungen in Höhe von 33,3 Millionen Euro. Damit erreicht das Defizit im städtischen Haushalt den Rekordwert von rd. 8,5 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung der mittelfristigen Finanzplanung im jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf ergibt dies einen kumulierten Fehlbetrag in den Jahren 2010 bis 2014 in Höhe von 32,0 Millionen Euro, zusammen mit den Zahlen der Jahre 2007 bis 2009 erhöht sich der Fehlbetrag seit Einführung der Doppik auf rd. 41,6 Millionen Euro. In diesem Kontext darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Nettosition in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 rd. 46,2 Millionen Euro beträgt und sich somit jetzt der Zeitpunkt bestimmen lässt, zu dem die Stadt Flörsheim am Main rechnerisch oder theoretisch bankrott ist.

Im engen Zusammenhang mit den Fehlbeträgen der letzten Haushaltsjahre, der mittelfristigen Finanzplanung und vor allen Dingen des diesjährigen Haushaltes steht der im letzten Jahr dynamisch gestiegene Bestand von Kassenkrediten. Mit diesen Krediten wird ausschließlich die rechtzeitige Ausgabe gesichert.

In den vergangenen Jahren hat sich allerdings nicht nur in Flörsheim am Main sondern auch in den meisten anderen Kommunen die Notwendigkeit immer mehr verfestigt, mit Kassenkrediten längerfristig die städtische Zahlungsfähigkeit für die laufenden Ausgaben zu gewährleisten. Es geht hierbei also nicht um Investitionen, sondern ausschließlich um die Absicherung der kommunalen Zahlungsfähigkeit im laufenden Haushalt. Nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben sich die kommunalen Kassenkredite bedrohlich von ca. 2,15 Mrd. € (353 € pro Einwohner) im Jahr 2004 auf rund 4 Mrd. € (667 € pro Einwohner) im 1. Quartal 2010 fast verdoppelt. Bei steigenden Zinsen dürfte sich diese Entwicklung zum Nachteil der Kommunen geradezu dramatisch zuspitzen.

Der vorliegende Entwurf der Haushaltssatzung enthält eine Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einer Höhe von zehn Millionen Euro, also trotz der unaufhaltsam steigenden Kredite weniger als in den letzten Jahren. Der Magistrat hat sich damit über die nachdrücklich vorgetragene Empfehlung der Verwaltung und des Kämmers hinweggesetzt. So wurde vom Magistrat die in meinem ursprünglichen Haushaltsentwurf enthaltene Obergrenze von vierzehn Millionen Euro zur Aufnahme von Kassenkrediten für die Finanzierung der laufenden Ausgaben ohne Begründung abgelehnt. Bei aktuell in Anspruch genommenen Kassenkrediten von ca. 8,7 Millionen Euro und vor dem Hintergrund laufender Verpflichtungen wie z.B. Gehaltszahlungen oder Energiekosten bedeutet dies nichts anderes, als dass der Magistrat die Zahlungsunfähigkeit der Stadt Flörsheim am Main voraussichtlich schon für die erste Hälfte des nächsten Jahres wissentlich in Kauf nimmt. An dieser Stelle fehlen mir nun tatsächlich die Worte für eine sachliche Kommentierung dieser Entscheidung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit diesen Ausführungen habe ich Ihnen nun aber auch deutlich gemacht, dass der Ihnen vorliegenden Haushaltsplan 2011 an wesentlichen Stellen von der ursprünglichen Vorlage der Verwaltung und damit des Bürgermeisters als Kämmerer abweicht.

Vor dem Hintergrund eines kumulierten Defizites von 41,6 Millionen Euro ist die in meinen Augen unverzichtbare Verbesserung der Einnahmeseite im Haushalt der Stadt Flörsheim am Main der zentrale Streitpunkt. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle nochmals ein Zitat meines Vorgängers Ulrich Krebs, das ich bereits in meiner Haushaltsrede zum Haushalt 2007 verwendet habe, in Erinnerung rufen. Es lautet: „So rechnen wir ab 2009 jahresbezogen erstmals wieder mit einem kleinen Überschuss. Sollte sich diese günstige Prognose nicht einstellen, werden auch wir an tiefen Einschnitten nicht vorbeikommen.“

Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, wenn ich jetzt das wiederhole, was ich bereits in meiner damaligen Haushaltsrede als Lösung im Sinne der tiefen Einschnitte vorgeschlagen hatte. Wären Sie meinem Vorschlag der moderaten Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer im Jahr 2007 gefolgt, wäre unser kumuliertes Defizit jetzt um etwa 2,0 Millionen Euro niedriger und wir würden im laufenden Haushalt mehr als 50.000 € an Zinsen sparen.

Dabei wissen Sie alle, was diese Zahl bedeutet und wie schwer wir uns tun, einen vergleichbaren Betrag auf der Seite der laufenden Ausgaben einzusparen. In Erinnerung nur an das Thema der defizitären Stadtbücherei aus den letzten Haushaltsberatungen. Bei einem Defizit von 8,5 Millionen im städtischen Haushalt müssten wir rein rechnerisch jetzt 39 Stadtbüchereien schließen, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Diese kleine, zugegebenermaßen sinnfreie Zahlenspielerei mag ihnen verdeutlichen, wie leicht sich pauschale Einsparungen auf der Ausgabenseite postulieren lassen und wie schwer sie tatsächlich durchzusetzen sind, wenn sie mit den besagten „tiefen Einschnitten“ bei den freiwilligen Leistungen verbunden sein müssen. Deshalb ist eine deutliche Einnahmeverbesserung durch ein Anheben von Grund- und Gewerbesteuer in meinen Augen ohne Alternative und ich kann keine Gründe erkennen, warum sich der Magistrat mehrheitlich diesem konkreten Vorschlag zur Konsolidierung unseres Haushaltes verweigert hat. Ein Grundsteuerhebesatz von 300 Punkten und eine Gewerbesteuer von 310 Punkten würde selbst bei den derzeit niedrigen Gewerbesteuern in 2012 eine Einnahmeverbesserung von netto rd. 750.000 € bedeuten. Dies können Sie ohne deutliche Leistungsabstriche auf der Ausgabenseite nie und nimmer erreichen.

Lassen Sie mich aber dennoch oder gerade deshalb einen Blick auf die Ausgabenseite des Haushaltsplanes für das Jahr 2011 werfen. Dabei möchte ich mich auf die bereinigten Aufwendungen konzentrieren, also diejenigen Ausgaben jenseits von Steuer- und Umlageverpflichtungen, die noch von uns zu beeinflussen sind.

Im Haushaltsplan 2011 steigen die Personalkosten ohne Versorgungsaufwendungen gegenüber dem Ansatz des Vorjahres um rd. 173.000 € oder 2 %. Dieser Betrag wird nahezu vollständig von den vorgegebenen Besoldungs- und Tarifierhebungen in Höhe von rd. 167.000 € aufgezehrt. Der Anstieg der Personalkosten bei den Kindertagesstätten von 135.000 €, der auf eine Angebotsausweitung bei der Mittagsbetreuung zurückzuführen ist, konnte durch Einsparungen in anderen Budgets kompensiert

werden. Anzumerken wäre, dass die Personalkosten der Kindertagesstätten im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht zuletzt wegen der Ausweitung der U3-Betreuung weiter deutlich steigen werden und die derzeitigen Ansätze eher noch als zu gering anzusehen sind. Allerdings ist der sich abzeichnende Personalmangel in diesem Bereich in seinen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt kaum einzuschätzen.

Die Sach- und Dienstleistungen steigen gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 um rd. 5,9 % auf 5,25 Millionen Euro. Dieser Ansatz enthält bereits eine Kürzungsvorgabe des Magistrates in Höhe von 4,9 %, so dass das Volumen der Sach- und Dienstleistungen nach Abzug der korrespondierenden Einnahmen unterhalb des Betrages von fünf Millionen Euro liegt. Die Ausgabensteigerung in diesem Bereich ist wesentlich auf Kostensteigerungen im Bereich der Aufwendungen für bezogene oder eingekaufte Leistungen zurückzuführen und beinhaltet somit außerhalb des Bereiches der Kinderbetreuung, dem wir in unserer Stadt einen besonderen Stellenwert einräumen, keine Ausweitung des Leistungsumfanges.

Die Zuweisungen und Zuschüsse steigen im Jahr 2011 um 4,9 % auf rd. 3,9 Millionen Euro. Ursächlich für diesen Anstieg sind ein Anstieg der Zuschüsse für die Träger der Kindertagesstätten in Höhe von 8,3% und ein um 10,3 % erhöhter Betriebskostenzuschuss an den Eigenbetrieb Stadtwerke für seinen Betriebszweig Nahverkehr. Zum Betriebskostenzuschuss für den öffentlichen Personennahverkehr wäre anzumerken, dass die Verhandlungen mit der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft zwischenzeitlich soweit gediehen sind, dass ich Ihnen voraussichtlich zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen konkreten Vorschlag zur Kosten- und Leistungseinsparung vorlegen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die hiermit erläuterten Zahlen zu den Aufwendungen des Haushaltsplanes 2011 spiegeln die zu erwartende allgemeine Kostensteigerung wieder. Lediglich im Bereich der Kinderbetreuung sind die erneuten Kostensteigerungen auf eine Ausweitung des Leistungsangebotes zurückzuführen. Damit steigen die Kosten in diesem Bereich seit Einführung der Doppik in 2007 um 34,5 %. Gleichzeitig reduziert sich der Kostendeckungsgrad von 26,5 % auf 23,7 %. Er entfernt sich damit zunehmend von den 30 %, die eine politische Zielsetzung darstellen. Die Aufwendungen in diesem Bereich von rd. 5,1 Millionen Euro beanspruchen damit immerhin schon 37,8 % unserer tatsächlich verfügbaren Einnahmen. Besorgniserregend ist an dieser Stelle, dass mit Ausweitung der U3-Betreuung und Umsetzung der vom Land Hessen vorgegebenen Mindestverordnung die Aufwendungen in 2012 nochmals um 425.000 € steigen werden und dies mit einem weiter zurückgehenden Kostendeckungsgrad einhergeht.

Darüber hinaus bringen die Zahlen auf der Ausgabenseite des Haushaltsplanes 2011 den politischen Willen des Magistrates zum Ausdruck, keine freiwilligen Leistungen zu kürzen. Dennoch werde ich Ihnen noch vor Beginn der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss eine Liste der freiwilligen Leistungen im aktuellen städtischen Haushalt vorlegen, wie sie auch von der Aufsichtsbehörde beim Landrat des Main-Taunus-Kreises im Rahmen der erforderlichen Genehmigung des Haushaltes verlangt wird. Nach Abzug entsprechender Erträge bewegen sich die Aufwendungen für freiwillige Leistungen im Haushalt 2011 auf einem Niveau von rund vier Millionen Eu-

ro. Inwieweit hier Kürzungen vorgenommen werden müssen, überlasse ich nach meinen Erfahrungen der Vergangenheit den anstehenden Haushaltsberatungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns nun einen Blick auf die Seite der Investitionen im städtischen Haushalt des Jahres 2011 werfen. Der Investitionshaushalt, wie er vom Magistrat beschlossen wurde, erreicht im Ansatz nach dem Rekordjahr 2007 mit 6,85 Millionen Euro in 2011 wieder einen Höchststand. Die Gründe hierfür und die damit verbundenen Maßnahmen im Einzelnen möchte ich Ihnen nachfolgend erläutern. Vorausschicken will ich, dass der Magistrat im Verwaltungsentwurf den Ansatz für Investitionen im Bereich „Straßen, Wege und Plätze“ um rd. 800.000 € auf jetzt noch 2.245.000 € im Jahr gekürzt hat. Darüber hinaus hat der Magistrat den Ansatz der Verwaltung für Grundstücksangelegenheiten auf jetzt noch 400.000 € halbiert. Schließlich wurde der städtische Investitionsbedarf für das Projekt „Neuer Schützenhof“ für die Jahre 2011 und 2012 in Höhe von drei Millionen Euro gestrichen.

Mit rd. 2,2 Millionen Euro sind die Investitionen für Straßen, Wege und Plätze der größte Einzelposten im städtischen Investitionshaushalt. Zurückzuführen ist dieser hohe Betrag zu mehr als die Hälfte auf noch nicht abgeschlossene oder schon begonnene Maßnahmen. So stehen noch offene Forderungen der Deutschen Bahn in Höhe von rd. 500.000 € aus dem Bau der Hertie-Unterführung im Raum, der städtische Anteil von 200.000 € für die Beseitigung des Bauübergangs in der Wickerer Straße ist zu finanzieren und die Erschließung der Keltenstraße in Weilbach mit Kosten von rd. 520.000 € soll in 2011 abgeschlossen werden. Als „Altmaßnahme“ könnte man auch die endgültige Fertigstellung der östlichen Industriestraße bezeichnen, für die im Haushalt verteilt über die nächsten zwei Jahre 310.000 € vorgesehen sind. In Weilbach soll darüber hinaus in 2011 die Johanneskirchstraße zusammen mit den Stadtwerken erneuert werden. Diese Maßnahme wird aus Straßenbeiträgen finanziert und ist mit Kosten von rd. 220.000 € veranschlagt. Weitere Maßnahmen wurden vom Magistrat in das Jahr 2012 verschoben, hierzu zählt leider auch die schon lange geplante Sanierung der Brücke in der Erlenstraße von Weilbach; es steht zu befürchten, dass in absehbarer Zeit eine Sanierung nicht mehr wirtschaftlich ist und die Brücke durch einen Neubau ersetzt werden muss. Eine ähnliche Erfahrung musste die Verwaltung in der Böttgerstraße mit der Brücke über den Wickerbach machen. Die Brücke im Ortsteil Keramag/Falkenberg war schließlich so marode, dass sie nicht mehr befahren werden konnte und durch eine Behelfsbrücke ersetzt werden musste. Der Neubau erfordert im städtischen Haushalt für das Jahr 2011 einen Betrag von 550.000 €. Anzumerken wäre dabei, dass die Brücke jetzt schon so ausgebaut werden soll, dass später einmal die vollständige Erschließung des südlichen Industriegebietes in Keramag/Falkenberg über diese Brücke erfolgen kann, wenn der Bahnübergang in der Falkenbergstraße beseitigt ist.

In Flörsheim muss auf Vorgabe des Magistrates der Ausbau der Kiesstraße in Flörsheim erneut verschoben werden. Dies kann niemanden befriedigen, denn die dortige Straßenentwässerung ist desolat und die Baumstümpfe sind wahrlich kein schöner Anblick. In Flörsheim wurde neben dem geplanten Bau des Parkplatzes an der Riedstraße mit einem Kostenrahmen von rd. 45.000 € auch der Bau eines Kinderspielplatzes an der Ecke Anne-Frank-Weg, Maximilian-Kolbe-Weg mit Kosten von rd. 30.000 € verschoben. Mit dem Zuzug vieler Familien mit Kleinkindern nach Flörsheim in den Bereich Anne-Frank-Weg, Elisabeth-Jakobi-Straße ist dieser Spielplatz in

meinen Augen dringlich. Ich bedauere deshalb diese negative Entscheidung des Magistrates ausdrücklich.

Im Stadtteil Wicker soll die Planung für den geplanten Kreisverkehr am Knotenpunkt Kirschgartenstraße/Flörsheimer Straße fortgeführt werden. Dazu werden 45.000 € benötigt. Für den Beginn des Jahres ist aber noch ein Gespräch über die geplante Maßnahme mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen vereinbart; hierbei soll geklärt werden, ob und wann die Straßenbauverwaltung ggf. das Projekt übernimmt. Sollte das Gespräch im Sinne der Stadt positiv verlaufen, könnten die eingeplanten Kosten an dieser Stelle noch eingespart werden. Im Haushalt sind ferner 80.000 € für den zweiten Bauabschnitt zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung in Wicker vorgesehen. Diese Maßnahme wird ebenfalls aus Straßenbeiträgen finanziert.

Zu den herausragenden Investitionen im Haushaltsplan 2011 zählt auch die Erweiterung der Kindertagesstätte Sonnengarten. Für die Aufnahme von drei Gruppen von Unterdreijährigen ist ein Investitionsvolumen von rd. 930.000 € erforderlich. Auch hier hat sich die Mindestverordnung des Landes Hessen zu Ungunsten des städtischen Haushalts ausgewirkt. Die erhöhten Vorgaben zum Raumbedarf bedeuten nichts anderes, als dass sich die Baukosten für dieses Projekt nochmals um 220.000 € erhöht haben.

Als weitere wesentliche investive Maßnahmen sind die Fortsetzung des Modernisierungsprogramms städtischer Häuser in der Jahnstraße mit einem Mittelbedarf von rd. 600.000 € zu nennen sowie die Investitionszuschüsse für die Maßnahmen der Stadt-sanierung in Höhe von 1,25 Millionen Euro und für Baumaßnahmen in Kindertagesstätten mit konfessioneller Trägerschaft in Höhe von 169.000 €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

konnte in den vergangenen Jahren die Nettoneuverschuldung im städtischen Investitionshaushalt weitgehend vermieden werden und sogar Schulden abgebaut werden, so wird dies im Haushaltsplan 2011 bei einem Investitionsvolumen von voraussichtlich 6,85 Millionen Euro mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr der Fall sein. Vielmehr ist im Haushaltsansatz eine Nettoneuverschuldung in Höhe von rd. 3,1 Millionen Euro eingeplant. Rechnet man den tatsächlichen kommunalen Investitionsbedarf für das Projekt „Neuer Schützenhof“ noch hinzu, würde sich die Nettoneuverschuldung auf einen Betrag in der Größenordnung von rd. fünf Millionen Euro erhöhen. Dies wäre sicherlich eine erhebliche Belastung für den städtischen Haushalt, auch wenn sich dieser Betrag bei Betrachtung des Investitionsvolumens von 3,4 Millionen Euro für die beschlossene Sanierung der Weilbachhalle relativiert.

Für den Zeitraum 2011 - 2014 ist von einem durchschnittlichen jährlichen Investitionsvolumen von 4,2 Millionen Euro auszugehen, das unsere Schuldenentwicklung nach einigen Jahren des Schuldenabbaus wieder negativ beeinflussen wird. Es beinhaltet auch solche Maßnahmen, die folgekostenrelevant sind und nur durch zusätzliche Einnahmen, bzw. durch die Fortführung einer sparsamen Ausgabenpolitik finanziert werden können. Gerade deshalb ist es wichtig, die bestehende Infrastruktur unserer Stadt stetig zu verbessern, ihre Wirtschaftlichkeit zu erhöhen und damit die finanzielle Leistungsfähigkeit auf Dauer zu sichern.

Trotz des zurzeit immer noch sehr günstigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt bin ich wie viele unter Ihnen der Auffassung, dass sich die aus den geplanten Investitionen resultierende Zinsbelastung im städtischen Haushalt nur schwer verkraften lässt. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, gemeinsam darüber zu beraten, inwieweit über den Verkauf städtischen Vermögens die in meinen Augen allesamt dringenden Investitionen ohne eine Belastung des städtischen Haushaltes und damit der Steuerzahler finanziert werden können. Ich bin der Meinung, dass dies durchaus ein realistischer Lösungsansatz ist und im Sinne einer nachhaltigen Haushaltswirtschaft für die Stadt einen wirtschaftlichen Mehrwert erzeugen könnte. Jedenfalls wäre dies ein besserer Weg, als mit städtischem Vermögen für eine auf keinen Fall nachhaltige Verbesserung der Liquidität im laufenden Ergebnishaushalt zu sorgen.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Mit dem nachfolgenden Zitat hatte ich in meiner Haushaltsrede zum Haushalt des Jahres 2007 für ein Konsolidierungsprogramm geworben, das Ihnen unter anderem die Anhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vorschlug. Es lautet:
„Mit dem Einstieg in eine neue Form der Haushaltsführung eröffnet sich ohne unnötige und nutzlose Schuldzuweisung auch die Möglichkeit zu gemeinsamem Handeln. Letztendlich gewinnen Sie und ich mit einem ausgeglichenen Haushalt den unverzichtbaren politischen Gestaltungsraum zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger zurück.“ Soweit das Zitat.

Was aus meinem Vorschlag wurde, ist hinlänglich bekannt. Noch heute liegt die Stadt Flörsheim am Main am untersten Ende der Liste aller Grundsteuerhebesätze in Hessen und verlangt eine Grundsteuer, die weit unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Ich hätte Ihnen diesen Haushalt deshalb so nicht vorgelegt. Ich halte Steuererhöhung, wie sie in den Konsolidierungsrichtlinien des Landes Hessen vorgegeben sind und wie sie vom Landrat des Main-Taunus-Kreises als Genehmigungsbehörde gefordert werden, für letztendlich unausweichlich. Je schneller Sie hier handeln umso besser. Eine erfolgreiche Konsolidierung ist ohne eine deutliche Einnahmeverbesserung nicht mehr zu erreichen. Dies ist auch der ausschlaggebende Grund, warum ich diesem Haushaltsentwurf kein eigenes Konsolidierungsprogramm mit auf den Weg der Beratung gebe.

Allerdings würde ich entgegen der Konsolidierungsvorgaben in den Landesrichtlinien für eine Anhebung der Grundsteuer auf die geforderten 300 Punkte in zwei Stufen plädieren. Mit den unvermeidlichen Gebührenerhöhungen im Abfall- und Abwasserbereich werden unsere Bürgerinnen und Bürger schon so stark im nächsten Jahr belastet, dass mir die Anhebung der Grundsteuer in einem Zuge um 80 Punkte, also rd. 36 % nicht mehr vertretbar erscheint. Zusammen mit dem Anheben der Gewerbesteuer würde sich schließlich die Einnahmeseite des städtischen Haushaltes im Jahr 2012, wie schon von mir erwähnt, um rd. 750.000 € verbessern.

Sollte Ihnen meine Haushaltsrede zu lang erschienen sein, sehen Sie es mir bitte nach. Mögen Sie dies als ein Ausdruck meiner Besorgnis um die finanzielle Zukunft unserer Stadt verstehen. Auch wenn der Zeitpunkt wenige Monate vor der Kommunalwahl denkbar ungünstig ist, es ist unser aller Pflicht jetzt zu handeln, selbst wenn damit unpopuläre Entscheidungen zu treffen sind. Bedenken Sie dabei bitte, dass

Sie das Kind nicht mit dem Bade ausschütten dürfen, schließlich ist unsere Stadt Flörsheim am Main schützens- und vor allen Dingen liebenswert. So sollte sie trotz eines unausweichlichen Zwangs zum Sparen auch in Zukunft bleiben.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

am Ende meiner Erläuterungen zum Haushaltsplan 2011 möchte ich es nicht versäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Verwaltung und dabei insbesondere des Amtes für Finanzwirtschaft unter der Leitung von Herrn Magistratsdirektor Willi Kopp herzlich zu danken. Bei schwierigsten Rahmenbedingungen ist es überhaupt nur der engagierten Zusammenarbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu verdanken, dass Ihnen das umfangreiche Zahlenwerk des Haushaltsplanes 2011 rechtzeitig vorgelegt werden konnte.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Beratung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit sowie Ihre Geduld.